

FDP An Dreikönig treffen sich die Liberalen traditionell in Stuttgart. Wie geht es weiter nach dem Absturz bei der Bundestagswahl? Ein neuer Ortsverband in Oberschwaben und der neue Landeschef versuchen es mit frischem Wind.

Schwieriger Neubeginn

Aufbruchstimmung an der Basis in Oberschwaben

Während sich der eine Ortsverband in Sachsen nach der Bundestagswahlpleite der FDP auflöste, wurde im Südwesten kurz nach der Wahl ein anderer gegründet. Er ist ein Symbol für den Neuanfang der Partei.

ANDREAS CLASEN

Ravensburg. Bis kurz vor Mitternacht sitzen sie an diesem Abend im Ravensburger Restaurant „Wilderer“ und diskutieren: Tanja Ruetz (24), Benjamin Strasser (26) und Martin Esenwein (24). Die drei Liberalen reden über die bevorstehenden Kommunalwahlen im Südwesten und über die FDP vor und nach dem 22. September.

Den schwarzen Wahlsonntag für die Gelben, als die FDP mit einem Stimmenanteil von 4,8 Prozent aus dem Bundestag flog, haben sie an unterschiedlichen Orten erlebt. Bankkaufmann Esenwein startete entsetzt in einer Ravensburger Gaststube auf den Fernseher. Tanja Ruetz verfolgte in Brüssel bis zwei Uhr nachts Hochrechnungen. Als klar war, dass die vier vor dem Komma blieb, „habe ich nur noch geheult“. Strasser flossen die Tränen im Kreis der FDP-Landtagsfraktion in Stuttgart.

Bald sahen sie in der herben Niederlage aber vor allem die Chance für einen Neuanfang. Ruetz und Strasser, die sich seit Jahren kennen, machten sich auf, einen Ortsverband in ihrem Heimatort Berg zu gründen. In Esenwein fanden sie einen Mitspieler. Vier Wochen nach der Pleite war Gründungssitzung. Rechtsreferendar Strasser, Beisitzer im Landesvorstand, wurde zum Ortsverbandsvorsitzenden gewählt. Der 4000-Einwohner-Ort liegt über dem Schussental mit Blick auf Ravensburg. Er ist kein schlechtes Pflaster für Liberale. Zwar erhielt die FDP im September 15 Prozentpunkte weniger als 2009 – immer noch stimmten aber rund acht Prozent für die Partei. Der Ortsverband hat inzwischen sechs Mitglieder.

Im „Wilderer“ ist den politischen Nachwuchskräften ihr Wille anzumerken, alles für eine starke FDP in Berg zu tun. Die Ideen für die nächsten Jahre sprudeln nur so. In den kommenden Monaten werden zunächst die am 25. Mai stattfindenden Kommunalwahlen in Baden-Württemberg ihre Parteilinie bestimmen. „Wie geht es bei Euch mit dem Kandidatenwerben voran?“, fragt Strasser. Jeder erzählt und



Keine Auflösungstendenzen nach der Wahlschlappe der Liberalen – wenigstens in Berg: Martin Esenwein, Tanja Ruetz und Benjamin Strasser (von links) haben in der oberschwäbischen Gemeinde einen FDP-Ortsverband gegründet. Foto: Andreas Clasen

schnell ist klar, einfach ist die Suche nicht. „Vor der Bundestagswahl hat er gemeint, ja, er wolle sich aufstellen lassen, jetzt muss er noch einmal darüber nachdenken“, sagt Strasser über einen möglichen Kandidaten und lacht dabei. Er kann die Unsicherheit nach dem Desaster verstehen. Zwei Sitze im Gemeinderat bleiben trotzdem das Ziel. Für

Auf der Suche nach Kandidaten für die Wahlen im Mai

schnelle Internetanschlüsse in Berg, mehr bezahlbaren Wohnraum und größere Transparenz in der Ratsarbeit wollen sie sich einsetzen. Wer den Dreien zuhört, kann sich kaum vorstellen, dass die FDP nach dem Rausflug aus dem Bundestag bald ganz aus der bundespolitischen Parteienlandschaft verschwindet. Und doch: Die Zukunft der Partei bleibt unsicher. Das zeigt ein Blick nach Ostdeutschland.

Der 72-jährige Rentner Roland Ploß engagierte sich schon für Frei-

heit und andere liberale Werte als Strasser, Ruetz und Esenwein noch nicht geboren waren. In seiner Heimatgemeinde Falkenau in Sachsen trug er als FDP-Mitglied dazu bei, dass die Liberalen im Gemeinderat mit fünf Sitzen die stärkste Fraktion bildeten. Nun hat sich der Ortsverband nach der Bundestagswahl aufgelöst. „Wir sind jetzt herrenlos“, sagt Ploß. Vom Landesverband fühlen sie sich im Stich gelassen und auch mit alten FDP-Spitze Philipp Rösler und Rainer Brüdeler konnten sie wenig anfangen.

Dem neuen Parteichef Christian Lindner traut Ploß einiges zu. Auch das Trio aus Oberschwaben hält viel von Lindner. Tanja Ruetz war Anfang Dezember beim Sonderparteitag in Berlin, als der 34-Jährige zum Parteivorsitzenden gewählt wurde. Die Betriebswirtin spürte dort Aufbruchstimmung.

Ähnlich erging es Oskar Niedermayer, der vor Ort war, um sich den Zustand der FDP anzuschauen. „Lindner ist es durchaus gelungen, ein Aufbruchsignal zu setzen“, sagt der Politikwissenschaftler von der Freien Universität Berlin. Der Pro-

fessor sieht noch genug Wählerpotential für die FDP, aber dieses zu heben, werde in der außerparlamentarischen Opposition schwierig. Erste Ziele müssten für die Liberalen sein, das verlorene Vertrauen in ihre Steuer- und Wirtschaftskompetenz zurückzugewinnen, den sich selbst aufgedrückten Stempel der Klientelpartei wieder abzuwaschen und bei der Europawahl am 25. Mai einigermaßen abzuschneiden. Sonst könnte das Totenglockchen läuten.

Daran verschwendeten die jungen Liberalen aus Berg keinen Gedanken. Bis 2017 sind für sie alle Wahlen Nebenschauplätze – abgesehen von der Landtagswahl im Südwesten 2016. In drei Jahren soll der Wiedereinzug in den Bundestag gelingen. Dafür wollen sie kämpfen – und zwar ohne Zweitstimmen-Bettelkampagne und ohne Koalitionsaussage. „Unser Programm ist gar nicht schlecht, aber wir müssen es viel besser kommunizieren“, sagt Strasser. Erst, geben alle Drei zu, wenn auch 2017 die Wähler die FDP nicht in den Bundestag wählen, wüssten sie nicht, ob sie sich weiter in dieser Partei engagieren sollten.

„Ebbes Bäck und ebbes Doktor“

Landeschef Theurer will sympathische FDP

Der neue FDP-Landeschef Michael Theurer will seine Partei breiter aufstellen – und sie nicht mehr an die CDU ketten. Ein Gespräch über die Fehler der Vergangenheit und die Lehren für die Zukunft.

ROLAND MUSCHEL

Pünktlich zu Dreikönig kommt die FDP in Umfragen auf fünf Prozent. Ist das Tal schon überwunden?

MICHAEL THEURER: Die Umfragen sind für uns ermutigend – wie auch der Mitgliederzuwachs, den wir im Land seit dem Ausscheiden aus dem Bundestag erfahren. Aber die FDP ist noch nicht über dem Berg. Wir kämpfen uns weiter aus dem Tal – nun mit Rückenwind.

Was ist eigentlich abgewählt worden – das Spitzenpersonal, das Gerede von „spätrömischer Dekadenz“ und „Anschlussverwendung“ oder der politische Liberalismus an sich?

THEURER: Der Hauptgrund für die Abwahl war: Die Menschen haben die FDP nicht mehr als sympathisch wahrgenommen. Wir haben uns zu sehr auf Steuersenkungen, auf den homos oeconomicus, verengen lassen. Das müssen wir ändern.

Wie wird eine Partei sympathischer?

THEURER: Wir müssen unseren Horizont erweitern und unseren Markenkern, die Marktwirtschaft, mit Fairness und Chancengerechtigkeit verbinden. Wir müssen wieder für breite Schichten Ansprechpartner sein, auf gut Schwäbisch: ebbes Bäck und ebbes Doktor. Dieses Formel hat die FDP in ihrem Stammland Baden-Württemberg schon unter zwei frühen liberalen Exponenten, dem ersten Ministerpräsidenten Reinhold Maier und dem ersten Bundespräsidenten Theodor Heuss stark gemacht. Und wir brauchen

Zur Person

Hoffnungsträger Der Diplom-Volkswirt Michael Theurer führt seit November 2013 die Südwest-FDP. Seit dem Jahr 2009 ist der 46-Jährige Europaabgeordneter. Von 1995 bis August 2009 war er Oberbürgermeister von Horb am Neckar und von 2001 bis 2009 Landtagsabgeordneter. Vor seiner ersten Rede beim Dreikönigstreffen der FDP in Stuttgart hat er Respekt. Das Interview gibt der gelernte Journalist druckreif. rol

die Käpsele und Cleverle von heute – die kreativen Unternehmer.

In den letzten Jahren hatte man den Eindruck: Der FDP genügt die CDU. THEURER: Die enge Anlehnung an die CDU war schon im Landtagswahlkampf 2011 falsch, und die Nibelungen-Treue zu Kanzlerin Merkel war fatal. Die FDP muss als eigenständige Partei wahrgenommen werden. Wir sind mehr als der Wirtschaftsflügel der CDU, und die Bürgerrechte können auch nicht von den Grünen abgedeckt werden. Wir stehen für die Freiheitsrechte in allen Lebensbereichen.



FDP-Landeschef Michael Theurer will seine Partei nicht mehr an die CDU ketten. Foto: dpa

Was folgt daraus fürs Land?

THEURER: Die FDP muss Alternativen zur grün-roten Regierung, aber auch zur CDU aufzeigen. Dagegen sein allein reicht nicht. Daher hat die FDP zum Beispiel einen eigenen Schulgesetzentwurf eingebracht. Sie ergreift aber auch Initiativen, wo es Schnittpunkte mit Grün-Rot gibt.

Geht die FDP 2016 wieder mit einer Koalitionsaussage in die Wahl?

THEURER: Wir wollen mit unseren liberalen Inhalten zurück in die Regierungsverantwortung, nicht primär mit irgendeiner Partei. Gebenfalls wird die Frage sein, mit welchem Partner oder mit welchen Partnern lassen sich unsere Inhalte am besten umsetzen? Derzeit schließe ich für die FDP im Land andere Machtoptionen als Schwarz-Gelb sicherlich nicht aus.

Also Ende der Nibelungentreue?

THEURER: Das Parteispektrum unterliegt einem Wandel. Die Union regiert im Bund in der Großen Koalition mit der SPD, in Hessen mit den Grünen. In der Vergangenheit hat sie auch mit der FDP im Saarland mit FDP und Grünen und in Hamburg mit Herrn Schill koalitiert. Die SPD ist ähnlich flexibel: Rot-Grün, Rot-Rot-Grün, Schwarz-Rot. Nur die FDP hat sich in den vergangenen Jahren auf ein einziges Bündnis festgelegt. Das war falsch.

ÖPNV: Minister dringt auf Landesticket

Stuttgart/Göppingen. Das Land will beim öffentlichen Nahverkehr mittelfristig die Verbundgrenzen überwinden und einen einheitlichen Landestarif schaffen. Dies betonte Verkehrsminister Winfried Hermann (Grüne) gestern im Gespräch mit unserer Zeitung. Der Minister war zu Gast im Landkreis Göppingen, der seit Anfang des Jahres dem Verkehrs- und Tarifverbund Stuttgart (VVS) angehört. Das Zusammenwachsen bedeute nicht nur eine Verbesserung des ÖPNV im Kreis Göppingen, sondern für den gesamten Raum Stuttgart.

Das Verkehrsministerium arbeitet mit Hochdruck an einem einheitlichen Landestarif, der eine „barrierefreie Mobilität“ ermögliche. Hermann schwebt vor, bis zum Ende dieser Legislaturperiode den Schienen-Personennahverkehr, das Studententicket und eventuell Bahnverkehr in den Städten zu vereinheitlichen. „Der zweite Schritt wäre dann die Vollintegration.“ Es geht nicht darum, Verbände aufzulösen, sondern Hürden zu überwinden. „Das wird dennoch eine große Herausforderung. Schließlich haben wir 22 Verbände“, machte Hermann deutlich. Ein erstes Gutachten liege jedoch bereits vor. „Es wird schwierig, ist aber in kleinen Schritten möglich.“ Eine Frage sei zum Beispiel, wer die Hoheit über die allgemeinen Tarife haben wird. su

Polizei fasst Raser-Duo

Fahrer nach Verfolgungsjagd wegen versuchten Mordes in Haft

Das Duo, das vor acht Tagen im Kreis Ludwigsburg nach einer wilden Verfolgungsjagd der Polizei entkommen konnte, ist jetzt doch gefasst worden. Gegen den Fahrer wird wegen versuchten Mordes ermittelt.

DOMINIQUE LEIBBRAND

Ludwigsburg. Zwei 19-Jährige aus dem Kreis Ludwigsburg sollen sich die filmreife Verfolgungsjagd mit der Polizei am Samstag vor einer Woche geliefert haben. Zwei Polizisten wurden dabei verletzt und sechs Streifenwagen beschädigt. Polizei und Staatsanwaltschaft teilten mit, dass gegen den mutmaßlichen Fahrer Haftbefehl wegen versuchten Mordes erlassen worden sei. Der Beifahrer sei wieder auf freiem Fuß. Der junge Mann habe umfangreiche Angaben gemacht und seinen Komplizen benannt. Ein Tipp aus der Bevölkerung hat die Ermittler auf die richtige Spur gebracht, ein am Einsatz beteiligter Polizist hat zudem den Beifahrer in dem schwarzen VW Golf erkannt.

Der Fahrer hatte in Bietigheim-Bissingen Gas gegeben, als er eine Streife sichtete. Im Auto, das mit einem gestohlenen Kennzeichen unterwegs war, hatte das Duo Drogen, die gleich zu Beginn der Jagd aus



Der ramponierte Golf nach der Verfolgungsjagd. Ein Großaufgebot der Polizei hatte das Duo in dem Wagen nicht stoppen können. Foto: Martin Kalb

dem Fenster flogen. Die Polizei nahm die Verfolgung auf. 14 Streifenbesatzungen und ein Hubschrauber waren hinter den beiden Männern her. Die rasanten Tour führte durch mehrere Ortschaften. Die Männer ignorierten rote Ampeln, gefährdeten Fußgänger und rammen Polizeiautos. Später wurde dann der abgestellte Wagen gefunden.

Die Polizei verteidigte sich gegen Vorwürfe, dass sie trotz des Großaufgebots die Flüchtenden nicht stoppen konnte. „Ich kann verstehen, dass der nicht sofort eingetretene Fahndungserfolg angesichts der ver-

letzten Kollegen und der beschädigten Dienstfahrzeuge nur schwer nachzuvollziehen ist“, sagte Frank Rebholz, Leiter des Polizeipräsidiums Ludwigsburg. Die Beamten müssten in einer solchen Situation aber schnell entscheiden, wie weit sie eine Verfolgung verantworten könnten, um nicht andere Verkehrsteilnehmer, den Verfolgten oder sich selbst unnötig in Gefahr zu bringen. Man müsse sich nicht für dilettantische Arbeit entschuldigen, der Einsatz sei in Ordnung gewesen, ergänzte Polizeisprecher Peter Widenhorn.

Annäherung im Streit um Ganztagschulen

Land und Kommunen suchen Kompromiss

Lang schon schwelt der Streit um mehr Ganztagsangebote an Schulen, wie sie Grün-Rot versprochen hat. Jetzt nähern sich Land und Kommunen an.

Stuttgart. Land und Städtetag bewegen bei der Ganztagsbetreuung an Schulen aufeinander zu – in Trippelschritten. Die Kommunen seien bereit, die Aufsicht während des Mittagessens zu leisten, teilte der Städtetag mit. Dafür wolle das Land den Ganztag flexibler gestalten. Jetzt sollen sie sieben oder acht Zeitstunden an drei oder vier Tagen in der Woche möglich sein. „Strittig ist aber noch eine Verlängerung der Pausenaufsicht“, sagte Städtetagsdezernent Norbert Brugger.

Die Ganztagschule soll im nächsten Schuljahr vom Schulversuch zur Regelschule werden. Die Gesetzesgrundlage dafür ist in Arbeit. Das beauftragte Mittagessen, das zum Konzept gehört, ist Zankapfel: Insgesamt geht es Brugger zufolge um einen dreistelligen Millionenbetrag, wenn 70 Prozent der Grundschulen 2020 auf Ganztag umgestellt haben. Derzeit zahle das Land 60 Millionen Euro für die verlässliche Grundschule und andere Betreuungsaufgaben. Dies decke gut

ein Viertel der Kosten ab. Den Rest tragen Kommunen und Eltern.

Brugger bedauert, dass nur Jugendbegleiter oder Erzieher, nicht Lehrer mit den Schülern essen werden. Die Lehrer verpassten so die Chance, ihre Schüler außerhalb des Unterrichts kennenzulernen und ihnen soziale Kompetenzen zu vermitteln. Brugger vermisst auch klare Kriterien für die Genehmigung der Anträge auf die Einrichtung einer Ganztagschule. Bislang sei das „öffentliche Bedürfnis“ das einzige Merkmal dafür. Wenn aber mehr Anträge eingingen als finanzielle Ressourcen zur Verfügung stünden, müssten Kriterien für eine Reihenfolge gefunden werden. „Ein reines Windhundprinzip nach dem Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst“ darf es nicht geben.“ lsw

Derzeitiges Angebot

Gymnasien vorne Ganztagsangebote gibt es im Land vor allem an Gymnasien. An jeder zweiten der 400 Oberschulen läuft Ganztagsbetrieb. Bei den 900 Werkreal- und Hauptschulen liegt die Quote bei 48,1 Prozent, bei den 400 Realschulen bei knapp 31 Prozent. Schlusslicht sind die 2400 Grundschulen mit 15,8 Prozent. lsw